

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postfachkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 10/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telephon** 13893. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 10/21 — **Telephon** 4598

**Interatenpreise:** Die 7 gelbte Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gelbte Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Vor der Eröffnung des Parteitag.

Halle a. S., 12. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.). Der außerordentliche Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie, der heute vormittag im Volkspark seinen Anfang nimmt, ist von etwa 400 Delegierten besucht. Dazu kommen etwa 60 Reichstagsabgeordnete und die Mitglieder der obersten Parteinstanzen. Außerordentlich stark sind die Vertreter der Presse des In- und Auslandes vertreten. Gestern abend veranstalteten die Parteigenossen von Halle einen sehr zahlreich besuchten Begrüßungsabend. Am nachmittag hielten das Zentralkomitee, der Beirat und die Kontrollkommission die letzte gemeinsame Sitzung vor dem Parteitag ab. Nach den bis zu dieser Zeit gemachten Feststellungen waren 220 Delegierte für und 158 gegen die Bedingungen zu erwarten. Es liegt eine Anzahl von Beschwerden aus den Bezirken vor. Es wird darin besonders dagegen protestiert, daß die Delegierten nicht durch Wahl oder ohne Anwendung des Verhältniswahlsystems gewählt worden sind. Auch gegen den bekannten Gewaltstreik in Württemberg, durch den dort die Spaltung der Partei herbeigeführt wurde liegt ein Protest vor.

Entgegen den bisherigen Abmachungen der drei obersten Körperschaften, wonach die Frage der Internationale zuerst behandelt werden sollte, verlangten in dieser Sitzung die Referenten der Moskauer Bedingungen, daß das Aktionskomitee als ersten Punkt der Tagesordnung einen Bericht über seine Geschäftsführung geben solle. Es wurde beschlossen, dem Parteitag die Entscheidung darüber zu überlassen.

## Ausweisung der russischen Gewerkschaftsdelegierten.

Berlin, 12. Oktober. (U.) Die Delegierten der russischen Gewerkschaften müssen, wie die Freiheit erklärt, ihren Aufenthalt in Deutschland abbrechen, weil die Delegation aus dem Auswärtigen Amt die Mitteilung erhielt, daß sie sich nur noch bis zum 14. Oktober in Deutschland aufhalten darf und dann auch nur unter der Bedingung, daß ihre Mitglieder nicht mehr in Arbeiter-versammlungen auftreten.

Es handelt sich darum, daß die den russischen Delegierten bewilligte Aufenthaltserlaubnis von vier Wochen abgelassen ist. Trotzdem muß gegen die von der deutschen Regierung getroffenen Maßnahmen — sie droht auch mit dem zwangsweisen Abtransport — Protest erhoben werden. Die Zentrale der R. P. D. ruft zu einer Protestaktion gegen die Regierungsmassnahmen auf.

## Dr. Sirschfeld ein Opfer des antisemitischen Mobs.

Wie aus München gemeldet wird, ist der bekannte Berliner Arzt Dr. Magnus Sirschfeld, der vor einigen Tagen nach einem Vortrage über die Steinachsche Verkrüppelungstheorie von deutsch-national-antisemitischen Rowdys überfallen und schwer mißhandelt worden war, im Münchener Krankenhaus den ersten Verlegungen erlegen.

## Die Einnahme Wilnas — ein Streich polnischer Nationalisten?

Nach dem polnischen Generalstabbericht vom 9. Oktober hat die gegen Wilna vordringende Truppe Jelligowski die folgenden heldenvertraulichen Depeschen an das Armeekommando geschickt:

1. Mit Rücksicht darauf, daß die in den Verhandlungen mit der Rownoer Regierung festgestellte Waffenstillstandslinie ungunstigen der Bewohner der Gebiete von Wilna, Grodno und Libau unser Land mit dem polnischen Wilna Litauen ausliefert, habe ich beschlossen, das Selbstbestimmungsrecht der Bewohner meines Vaterlandes mit den Waffen zu verteidigen. Ich habe den Oberbefehl über die aus diesen Gebieten stammenden Soldaten übernommen. Da ich nicht gegen mein Gewissen und gegen mein Pflichtgefühl als Sohn meines Vaterlandes handeln kann, bitte ich um Enthebung vom Dienste und vom Kommando meiner Truppe. Meine Kommandanten und Truppen, die gut diszipliniert und dem Gedanken der Befreiung des Vaterlandes ergeben sind, folgen meinen Befehlen. An die zurückgelassenen Abteilungen bitte ich unmittelbare Befehle zu geben.

8. Oktober. Jelligowski, Truppenkommandant.  
2. Jelligowski hat aus den obengenannten Gründen das Kommando niedergelegt. Da ich aus dem Grodnoer Lande komme, halte ich es für meine Pflicht, mich dem Befehl Jelligowskis zu unterstellen. Deshalb erbitte ich mit Bedauern meine Enthebung vom Dienste. Der Stab meiner Truppe führt meine weiteren Befehle aus. Bobicki, Oberst und Stabschef.

Ein trotz dieser Erklärungen eingeforderter Bericht des Obersten Bobicki besagt: Die Truppe Jelligowskis befand sich um 3 Uhr nachmittags zwischen Rata und Wilna. Am 5 Uhr nachmittags besetzte sie Wilna. In Wilna wurde Jelligowski von französischen Gouverneuren empfangen, der ihm vorschlug, aus Wilna eine freie Stadt zu machen. Jelligowski nahm den Vorschlag nicht an. Der Armeekommandant General Sikorski bittet angesichts der Mentelei Jelligowskis und seiner Truppe um Interventionen. Seine infolge der Unzufriedenheit der litauisch-weißrussischen Division mit dem mit der litauischen Regierung abgeschlossenen Waffenstillstand am 8. Oktober versuchte persönliche Einflussnahme auf die Division sei ohne Erfolg geblieben.

## Sozialisierung!

B. A. Die Erkenntnis von der Unmöglichkeit, mit den bisherigen Methoden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung dem Chaos der Gegenwart zu entrinnen und an den Wiederaufbau des ökonomischen und kulturellen Lebens der Völker zu gehen, ist in weiten Kreisen des arbeitenden Volkes verbreitet. Die Ueberzeugung, daß eine Form der Arbeitsgemeinschaft, in der ein Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit herbeigeführt werden, das gemeinsame Interesse an der Fortführung und Steigerung der Gütererzeugung sich auswirken soll, an der realen Gegensätzlichkeit der Interessen von Unternehmertum und Arbeiterklasse scheitern muß, sollte sich im Verlaufe der zwei Jahre seit der November-Revolution in die Gehirne der Menschen eingepreßt haben, die von einer Ueberwindung des Klassenkampfes und der Klassengegensätze innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft träumten. Die Entwicklung in den großen gemeinwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern der Kohlen- oder der Schwerindustrie der Reich-Wirtschaft hat mit einer begrüßenswerten Deutlichkeit bewiesen, daß in diesen neuen Gebilden das rücksichtslos wahrgenommene Profitinteresse des Unternehmertums über die volkswirtschaftlichen Erfordernisse der Gesamtheit triumphiert und daß — was für unsre Stellungnahme von besonderer Bedeutung ist — die Arbeiterklasse der betreffenden Wirtschaftszweige auf das partikuläre Interesse einer Industrie festgelegt und durch Lohn- und Verpflegungszugeständnisse von den Massen des Proletariats für eine Zeit getrennt werden kann. In dieser klugen Verwirklichung des Prinzips *divide et impera* (teile und herrsche) gegenüber dem arbeitenden Volke liegt eine nicht hoch genug einzuschätzende Gefahr der Arbeitsgemeinschaftspolitik, denn es besteht gerade in einer Periode schwerster wirtschaftlicher Not und furchtbarsten Kampfes um die nackte Existenz die Möglichkeit, daß auf diese Weise Teile der Arbeiterklasse zu unbewußten Helfershelfern der wirtschaftlichen und politischen Reaktion werden.

Gerade in dieser Zeit der wachsenden Arbeitslosigkeit, in der die Trennung zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen zu einer in ihren Konsequenzen kaum abzuschätzenden Gefährdung der proletarischen Solidarität zu werden droht, muß es das erste Bestreben sein, mit allen Mitteln das Gemeinsame der proletarischen Interessen anzuzeigen und sich jeden Versuch einer weiteren Zerschlagung entgegenzusetzen. Der Geist der Arbeitsgemeinschaften aber weist in die Richtung einer einseitigen Berufsinteressenpolitik und obwohl es sicher ist, daß in absehbarer Zeit die enge Verknüpfung zwischen den wirklichen Interessen aller Arbeitenden wieder in das Bewußtsein der proletarischen Massen treten müßte, wäre doch eine vorübergehende einseitige Einstellung gerade sehr mehr als gefährlich. Der Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaften darf aber nicht nur in dem Sinne geführt werden, daß er sich gegen die offiziellen Institutionen derselben richtet, die glücklicherweise von einer Reihe von gewerkschaftlichen Organisationen bereits abgelehnt und bekämpft werden, sondern er muß sich auch in erster Linie gegen die Anschauung in den Reihen der Betriebsräte richten, daß das besondere Interesse ihres Betriebes parallel laufe mit den allgemeinen Erfordernissen und daß es deshalb ihre Aufgabe sei, mit aller Energie für die privatkapitalistischen Rentabilitätsinteressen ihres Betriebes einzutreten. Es muß sehr offen gesagt werden, daß diese Gefahr in bedeutendem Umfange besteht und daß es notwendig ist, in dieser Hinsicht in Wort und Schrift für Aufklärung zu sorgen, wie es z. B. auch Rudolf Hilferding in seinem Referate auf dem ersten Kongreß der Betriebsräte mit erfreulicher Klarheit getan hat.

Es ist sehr gut, daß die Sozialisierungskommission Gruppe I, der u. a. Ballod, Lederer, Hüb, Kautsky angehören, in ihrem begründeten Vorwort auf die Verhältnisse im Selbstverwaltungskörper der Kohlenindustrie hingewiesen hat und mit diesen Erfahrungen das beste Argument gegen die Viertel-Sozialisierung liefert, die der 2. Vorschlag der Gruppe Rathenau beifügte. Dieser zweite Vorschlag ist getragen von den gleichen Gedankengängen, die sich in den Arbeitsgemeinschaften ihren bisher bezeichnendsten Ausdruck geschaffen haben. Sie wollen der unüberwindlichen Willensstunde des gesamten arbeitenden Volkes das weiße Licht der Reichen der sozialistisch gerichteten Arbeiterklasse hinaus einmütig hinter der Forderung auf Sozialisierung des Kohlenbergbaues setzen, eine Konzeption machen, ohne an die von ihnen für unentbehrlich gehaltenen Grundlagen der bisherigen Gesellschaftsordnung zu greifen. Sie wollen den Unternehmer und das Unternehmerinteresse nach folgenden Profitten erhalten, sie wollen nur, wie Herr von Siemens sich ausdrückt, die Ausschaltung „unberechtigter kapitalistischer Gewinne“. Die Arbeiterklasse ist demgegenüber der Meinung, daß es berechtigter kapitalistischer Gewinne überhaupt nicht geben kann, denn nur das formale Recht unserer Besitzverhältnisse schafft die Möglichkeit kapitalistischer Ausbeutung, während man keinerlei natürliches

Recht dafür finden kann, das die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen einschließt.

Es ist wichtig, daß dieses kleine, vor kurzem erschienene Büchlein Bericht der Sozialisierungskommission über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues vom 21. Juli 1920 von der Arbeiterklasse aufmerksam gelesen wird, denn es dürfte alsdann sehr weiten Kreisen zum Bewußtsein kommen, daß mit Entschiedenheit alle Halbheiten in dieser Richtung abgelehnt werden müssen und daß es gerade bei dieser Frage keine Einverträndniserklärung mit dem Vorschlage Rathenau geben darf, obwohl er gegenüber dem jetzigen Zustande gewisse Besserungen bringt. Aus diesem Grunde verurteilen wir es, daß die rechtssozialistischen Mitglieder der Kommission (Hüb, Kaufmann, Lindemann, Umbreit und Werner) erklärt haben, daß sie, falls der weitergehende Vorschlag Lederer abgelehnt werden sollte, dem Vorschlage Rathenau beitreten. Gerade in diesem Punkte, in dem es um die Erringung einer der bedeutsamsten Machtpositionen innerhalb der Wirtschaft geht, hätten die Führer der Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit auf ihrem als richtig erkannten Standpunkte bestehen und für denselben die Kraft der gewerkschaftlich organisierten Massen rücksichtslos einsetzen müssen. Es ist selbstverständlich, daß unsre Gewerkschaften in den Betrieben und in den Gewerkschaften diese Politik des Einverträndnisses mit aller Macht bekämpfen und daß wir alles aufbieten müssen, um in großen und geschlossenen Aktionen den Kampf um die sofortige und volle Vergesellschaftung des Kohlenbergbaues aufzunehmen. Die von dem Kongreß der Betriebsräte angenommene Resolution Hilferding über die Sozialisierung darf keine leere und wirkungslos verpuffende Entschliebung bleiben, sondern sie muß eine Willensentscheidung darstellen, deren Wirkungen im bevorstehenden Kampfe um die Sozialisierung des Kohlenbergbaues deutlich in Erscheinung treten.

Wir wissen genau, daß diese Vergesellschaftung des Kohlenbergbaues nur ein erster Schritt sein kann auf dem Wege zur Verwirklichung des Sozialismus, aber wir wissen gleichzeitig, daß wir mit der Sozialisierung dieses wichtigsten Produktes der deutschen Wirtschaft eine feste Machtposition erobern, von der aus der Kampf um die politische Macht und um die sozialistische Gesellschaft beträchtlich erleichtert sein muß. Es gilt, die Einseitigkeit des Proletariats, auf die wir in dieser Frage rechnen können, zum entschlossenen Kampfe gegen ein Volkwerk der Bourgeoisie zu nützen und durch den Erfolg dieses Ringens das Machtbewußtsein und die Solidarität der arbeitenden Massen zu stärken!

## Der Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues.

Der Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues ist in der letzten Zeit von der Arbeiterklasse nicht die Aufmerksamkeit geschenkt worden, die unbedingt notwendig wäre. Wie so manche andre für die Arbeiterklasse brennende und hochwichtige Frage ist auch das Problem der Sozialisierung der Kohlenwirtschaft über den Auseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung in den Hintergrund gedrängt worden. Dagegen haben das Bürgertum und die Kapitalisten die Bedeutung der Frage richtig erkannt. Seit langer Zeit schon, ganz besonders aber seitdem die Vorschläge der Sozialisierungskommission vorliegen, laufen das Unternehmertum und die bürgerliche Presse gegen die Sozialisierungspläne Sturm. Einig und geschlossen zieht die Bourgeoisie in den Kampf gegen die Sozialisierung. In erster Linie sind die wirtschaftlichen Organisationen mobil gemacht worden. Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat beide Vorschläge der Sozialisierungskommission abgelehnt. Den gleichen Standpunkt haben die deutschen Bergbauvereine eingenommen. Ebenso haben sich eine Reihe von lokalen und Bezirksverbänden der Unternehmer gegen die Vorschläge erklärt. Immer wird es so hingestellt, als bedeute die Sozialisierung des Kohlenbergbaues den Ruin der deutschen Wirtschaft. Von verschiedenen Seiten wird zwar gesagt, die Arbeiterklasse und die Allgemeinheit müßten mehr als bisher an den Erträgen des Bergbaues beteiligt werden, immer wird aber mit Nachdruck betont, daß die „Initiative der Unternehmer“ gewahrt werden müsse. Das ist aber nur eine Umschreibung für die Forderung, daß den Unternehmern und Kapitalisten in den Betrieben der entscheidende Einfluß und selbstverständlich auch der „angemessene“ Profit gesichert werden soll. Diesen Standpunkt vertreten auch die bürgerlichen Parteien. So hat die demokratische Reichstagsfraktion, die zu einer besonderen Konferenz in Ulm zusammengetreten war, erklärt, daß von der Sozialisierungskommission in ihrer jetzigen Zusammenfassung überhaupt kein durchführbarer Vorschlag zu erwarten sei. Ebenso hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei auf einer Tagung in Weimar, an der auch die Minister von Raumer und Dr. Heinze teilnahmen, die beiden Vorschläge zur Sozialisierung der Kohlenwirtschaft abgelehnt.

Die Reichsregierung hatte am 7. August durch den Reichswirtschaftsminister im Reichstag erklären lassen, daß die Kohlenwirtschaft nach gemeinsamen Grundfragen unter gleichzeitiger Heranziehung der Bergarbeiter und Angestellten zu verantwortlichen Trägern der Wirtschaft geordnet werden müsse. Man hat deshalb in der Presse viel geschrieben über den Gegensatz der zwischen dem Beschluß der Volkspartei-Fraktion und den Ministern der Volkspartei bestehe. In Wirklichkeit ist ein solcher Gegensatz gar nicht vorhanden. Der Unterschied besteht nur darin,